

Putins ideologischer Kampf gegen kinderlose Frauen

Der Kreml will die Geburtenrate erhöhen – Russinnen, die keine Kinder wollen, sollen „psychologische Beratung“ erhalten

Jo Angerer aus Moskau

Kinderlos bleiben? Und das einfach so, ohne Grund? Das sei psychisch krank, meint man im russischen Gesundheitsministerium. Bei einer Vorsorgeuntersuchung muss jede Frau einen Fragebogen ausfüllen. Gefragt wird auch, wie viele Kinder sie sich wünscht – „unter Berücksichtigung der aktuellen Lebensumstände“. Lautet die Antwort „Ich möchte keine Kinder“, wird eine Beratung bei einem Psychologen empfohlen.

Noch ist das eine Empfehlung – die aber in einem autoritären Land wie Russland schnell zur Pflicht werden kann. Denn es fehlen Arbeitskräfte. Seit Jahren geht die Geburtenrate zurück, die Gesellschaft überaltert.

Im statistischen Mittel gebären russische Frauen 1,37 Kinder. Mehr als zwei Kinder pro Frau bräuchte es aber, um die demografische Entwicklung zu stabilisieren.

Ziel der psychologischen Beratung sei die Förderung einer „positiven Einstellung“ zur Mutterschaft,

so das Gesundheitsministerium. Das geht selbst dem Putin-treuen russischen Menschenrechtsrat zu weit. „Zwang zur Fortpflanzung. Anders kann ich diese Initiative nicht bezeichnen, die eine Frau von einer freien Persönlichkeit in ein Instrument zur Verbesserung der demografischen Lage verwandelt“, schimpft etwa die Ärztin Olga Demitschewa in diesem Gremium.

Massiver Druck

Noch stärker ist der Druck auf Frauen, die eine Abtreibung vorhaben. Grundsätzlich ist das in Russland nicht verboten. Neuerdings allerdings dürfen Schwangerschaftsabbrüche nur in speziell lizenzierten Kliniken durchgeführt werden. Eine aus mehreren Gründen hohe Hürde – ganz im Sinne der russisch-orthodoxen Kirche.

Frauen, die trotz allem eine Klinik gefunden haben, müssen vor dem Eingriff eine Einverständniserklärung unterschreiben. Darin wird auf Komplikationen hingewiesen und auf angeblich drohende Risiken: Brustkrebs, Gebärmutter-

krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Unfruchtbarkeit und vieles mehr.

In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres hätten sich 28 Prozent aller Frauen, die eigentlich abtreiben wollten, umentschieden und ihre Schwangerschaft fortgesetzt, betont die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa. Dies sei eine „sehr gute Zahl“, es gebe aber noch Verbesserungspotenzial.



Der Kreml macht Kinderkriegen zur volkswirtschaftlichen Frage.

EPA/MAXIM SHIPENKOV

„Propaganda“ für Kinderlosigkeit ist in Russland bereits seit längerer Zeit verboten. Die Folgen bekam eine 29-jährige Frau aus Sewastopol zu spüren, die über „den Reiz, auf Kinder zu verzichten und stattdessen ein unbeschwertes Leben zu führen“ gepostet hatte: 50.000 Rubel Geldstrafe, umgerechnet rund 530 Euro.

Präsident Wladimir Putin nennt die Steigerung der Geburtenzahlen als dringlichste Aufgabe, es gehe um die Existenz Russlands. Die Liste der behördlichen Maßnahmen ist inzwischen lang: So erhalten etwa in manchen Fällen Schülerinnen – also Teenagerinnen – Prämien, wenn sie ihr Kind austragen. Und Gesundheitsminister Michail Muraschko sagt, Frauen sollten sich nicht um ihre Ausbildung und Karriere, sondern zunächst um den Nachwuchs kümmern. „Je früher sie gebiert, umso besser.“

Behörden und Politiker haben ständig neue Ideen. Über die neueste berichtet das Portal Fontanka. Lilia Gumerowa, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Wissen-

schaft und Kultur des russischen Föderationsrates, will die Suchmaschinen im Netz manipulieren. Normalerweise suchen Frauen dort nach Adressen von Abtreibungskliniken. Künftig sollen sie auf solche Anfragen hin auch die Adressen von Beratungsstellen für psychologische Unterstützung erhalten. Ob Google & Co da mitspielen werden?

Kinderlosigkeit als psychische Erkrankung, Gängelung von Frauen, die abtreiben wollen, Manipulation von Suchmaschinen: All dies wird wenig gegen den Geburtenrückgang helfen, wissen Fachleute. Andere Maßnahmen wären erforderlich. Bekämpfung der Armut zum Beispiel. Viele Frauen hätten gerne Kinder, es fehlt aber das Geld für die größere Wohnung. „Heute haben wir in 32 Regionen einen Durchschnittslohn, der zwei Prozent unter dem Existenzminimum für eine Familie liegt, die aus zwei Berufstätigen und zwei Kindern besteht“, weiß Liliya Owtscharowa, die Direktorin des Instituts für Sozialpolitik an der russischen Higher School of Economics.